

## Mistelbacher Gemeindeausschuß - Sitzung vom 1. Februar 1907

Vom niederösterreichischen Landesauschusse wurde die Bewilligung erteilt:

- a) zur Einhebung der für das Jahr 1907 beschlossenen Gemeinde-Umlage,
- b) zur Aufnahme des 140.000 Kronen-Anlehens zur Deckung außerordentlicher Gemeindeerfordernisse;
- c) der niederösterreichische Landtag hat die Bewilligung zur Einhebung einer Bierauflage von K 3,40 und einer Branntweinaufgabe von K 6 für jeden Hektoliter ab 1. Jänner 1907 auf die Dauer von weiteren sechs Jahren erteilt.

Von dem Bezirksstraßenausschuß Mistelbach ist die bewilligte Subvention von K 1.900 zur Kanalisierung und Verbreiterung der Mitschastraße erfolgt.

Die Direktion der Staatseisenbahn-Gesellschaft teilt mit, daß über Ansuchen der Gemeinde die Ausgabe der Saisonfahrkarten in Heften für die Strecke Mistelbach-Wien bei der Personenkassa der Station Mistelbach ab 1. Februar l. J. erfolgen wird.

Über Antrag der zweiten Sektion wird nachstehenden Personen das Heimatrecht in der Gemeinde Mistelbach verliehen: Franz Mühl, Pinselabrikant; Josef Schöfmann, Glasermeister; Josef Scheiner, Privatier; Johann Obeth, Steinmetzmeister.

Die Entscheidung der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Niederösterreich, mit welcher die Erzeugung von Leuchtgas und „Fäkalienabfuhr“ als nicht versicherungspflichtige Betriebe erkannt wurden, wird zur Kenntnis genommen und beschlossen, die im städtischen Gaswerk beschäftigten Personen gegen Unfälle bei der genannten Anstalt freiwillig zu versichern.

Zufolge Note des akademischen Senats der k. k. Universität in Wien wird nach Anhörung und im Einvernehmen des Herrn Propst und Pfarrers beschlossen, für die Verleihung des erledigten Rosenberg-Polhaimerschen Universitätsstipendiums den in Mistelbach geborenen Gymnasialschüler Hermann Friedrich in Vorschlag zu bringen.

Der Voranschlag der gewerblichen Fortbildungsschule für das Jahr 1908 wird genehmigt.

Über Bericht der fünften Sektion betreffs sanitätspolizeilicher Übelstände in dem Wohnhause Nr. 436 des Anton Amon in Zistersdorf wird beschlossen, auf Grund des Sachverständigenbefundes gemäß § 113 der niederösterreichischen Bauordnung die Amtshandlung einzuleiten und durchzuführen.

Es wird beschlossen, zur Erbauung der Verbindungsstraße nach Eibestäl die Kosten der erforderlichen Grundeinlösung und ersten Beschotterung gemeinsam mit der Gemeinde Eibestäl zu bestreiten. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit dieser Straßenverbindung ist bei dem niederösterreichischen Landesauschusse das Ansuchen zu stellen, daß der Straßenbau noch im Laufe dieses Jahres in Angriff genommen werde.

Die Herstellung einer hölzernen Fahrbrücke in der Bahnzeile wurde genehmigt; Kostenbetrag K 350.

Betreffs der Schottergewinnung in der Alleegasse wurde von der Staatseisenbahn-Gesellschaft ein Vertrag eingesendet; wurde der Sektion zugewiesen und hat diese in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten.

Die Personenhaltestelle in der Mitschastraße wurde beschlossen und im Falle dieselbe zustande kommen sollte, wird die Beleuchtung beigestellt.

*Volksbote, 14. Februar 1907, S. 4*

## Mistelbacher Gemeinderausschuß - Sitzung vom 14. November 1907

Bürgermeister Thomas Freund eröffnet die Sitzung um ¼ 4 Uhr.

Im Einlauf befinden sich mehrere Dankschreiben, darunter auch eines von Dr. Geßman über die Beglückwünschung des Gemeindepräsidiums, anlässlich seiner Ernennung zum Minister ohne Portefeuille.

Weiter berichtet der Bürgermeister über Gewährung eines vierwöchentlichen Erholungsurlaub an den Gemeindeförster Herrn Sklenar. Mit der Erwirkung der Stadterhebungs-Urkunde wird das Präsidium betraut.

In den Heimatsverband wurden aufgenommen: Wenzel Hokr und Anton Gurker, bezüglich der Aufnahme der Frau Dutschka wird der Rekurs ergriffen.

Die Angelegenheit betreffs der Krankenversicherung der Gemeindeangestellten wurde rückverwiesen und es wäre zu begrüßen, wenn die Sektion von ihrem Beschluß, daß das Krankengeld die Gemeinde einhebt abgeht, weil ja wie Gemeinderat Mühl ausführte, zu Zeit der Krankheit immer mehr Geld benötigt wird, als in normalen Zeiten.

Gehaltsregulierung Sicherheitswache:

Die Sektion beantragte in Erwägung der kolossalen Steigerung der Lebensmittelpreise eine Gehaltsaufbesserung von 180 Kronen für jeden dieser Bediensteten. Einstimmig angenommen.

Ferner beantragte die Sektion eine Quinquenalzulage von 100 Kronen in Intervallen von fünf Jahren zu beschließen und soll die erste Auszahlung dieser Zulage am 1. Jänner 1913 erfolgen. Der Referent der Sektion, Gemeinderat Mühl teilt mit, daß er als Referent aber nichts einzuwenden beabsichtigt, wenn die Quinquenalzulage schon am 1. Jänner 1908 oder am 1. Jänner 1909 ausbezahlt wird. Es entspann sich diesbezüglich eine lebhafte Debatte. Mit der Zulage ist man allgemein einverstanden, nur konnte man sich nicht einigen, wann die erste ausbezahlt werden und wurde diese Angelegenheit an die Sektion rückverwiesen, um erstens auch den anderen Bediensteten diese Zulage zuteil werden zulassen und damit die Sektion einen bestimmten Antrag stellt, wann die erste Zulage ausbezahlt werden soll. Die Gemeinderäte Kargl und Friedrich stellten den Antrag, daß jedenfalls diejenigen Bediensteten, die schon über zehn Jahre der Gemeinde dienen, die Zulage vom 1. Jänner 1908 an erhalten mögen.

Dem Ansuchen der zwei provisorischen Gemeindeangestellten um Aufnahme ins Definitivum wird stattgegeben und Herrn Huber eine Wohnungszulage von 200 Kronen gewährt.

Auf Antrag des Polizeikommissärs wird beschlossen, die zwei wiederholt wegen Diebstahl abgestraften Personen T. Richter und Anna Pakvon aus den Stadtgebiet auszuweisen.

Mit Karl Simperler einigt man sich dahin, daß er bis aus Widerruf die Eingangstür an seinem neuerbauten Hause benutzen kann.

Die Weigerung des Herrn Czinglar, den Betrag von K 200 per Jahr für die Renovationsgebühr nach der neuen Friedhofsordnung nachzuzahlen, rief eine lebhafte Debatte hervor und wird beschlossen einen Gerichtsbeschluß herbeizuführen, um eine Präjudiz für die Zukunft zu schaffen.

Die Sperrstunde für Gast- und Kaffeehäuser bleibt beim alten.

Auf Ansuchen der Geschäftsleute am Hauptplatz, einen Übergang herzustellen, wird beschlossen, eine Begehung der Stadt vorzunehmen, um zu konstatieren, wo überall, ein Übergang notwendig ist und wird der Kostenanlauf in den nächsten Voranschlag eingestellt.

Der Koksverkauf für Fremde wird eingeschränkt und zugleich um 10 Heller per Meterzentner erhöht.

Grundverkauf an Herrn Ferdinand Schuldmeier wird wegen Besichtigung rückverwiesen.

Bezüglich der Herstellung der Retorten-Öfen im Gaswerk, wird der Sektion Vollmacht gegeben.

Auf Antrag des Gemeinderates Dunkl wird beschlossen, daß die Gemeinde an das Landeseisenbahnamt ein Schreiben richtet, um ehebaldigst die Grundablösung von den Wirtschaftsbesitzern in Ordnung zu bringen.

Die Anfrage der Bezirkshauptmannschaft ob ein Lokalbedarf für ein Ziegeldeckergewerbe, um das Herr Haring, Maurermeister, ansucht, vorhanden ist, wird vom Referenten Gemeinderat Dunkl empfohlen, den Lokalbedarf zu befürworten. (Angenommen.)

Dem Ansuchen des Gemeindeförsters, den Fehlbetrag des angelaufenen Krankengeldes aus Gemeindemitteln zu bewilligen, wird entsprochen.

Die Grundabtretung an Thomas Trestler wird mit 50 Heller pro Quadratmeter beschlossen. Dem Ansuchen des Verschönerungsvereines wird insofern Rechnung getragen, daß die Gemeinde einen Arbeiter zur Verfügung stellt und daß das unbrauchbare Wasser am Ende der Wasserleitung für den Springbrunnen benützt werden kann, ferner daß der Weg zwischen Landesbahn und Gartengasse beschottert wird.

Außerdem wird noch beschlossen, dem Landeskulturgeometer ein Quartiergeld von K 20 pro Monat zu bewilligen.

*Volksbote, 21. November 1907, S. 12*

*Volksbote, 29. November 1907, S. 9*

## **Mistelbacher Gemeindeausschuß - Sitzung vom 23. November 1907**

Bürgermeister Freund eröffnet die Sitzung.

Im Einlauf befinden sich mehrere Dankschreiben, darunter auch eines vom Gemeindeförster für das ihm bewilligte Krankengeld.

Der Herr Bürgermeister berichtet über den heurigen Föhrenschlag, der dreiviertel Joch im Ausmaß hat. Gemeinderat Dunkl spricht sich dahin aus, man soll bei der alten Jägerbütte 150 Meter vom Weg stehen lassen, um für diejenigen, die nach getaner Arbeit den Wald zur Erholung aufsuchen, ein lauschiges Plätzchen zu erhalten. Er stellt auch einen diesbezüglichen Antrag, der angenommen wird. Auf Antrag des Gemeinderates Hoffmann wird als Ersatz der Bestand der Spitzlette gefällt.

Nach der Beratung des Voranschlages 1908, wird der Punkt Gehaltsregulierung in Beratung gezogen. Es handelt sich hier um die Quinquinalzulagen der Bediensteten, die in letzter Sitzung an die Sektion rückverwiesen wurde, mit dem Bemerkten, daß die Sektion einen bestimmten Antrag dem Gemeindeausschuß vorlege, wann die Auszahlung dieser Zulage beginnen soll. Gemeinderat Mühl referiert heute über diese Angelegenheit und stellte den Antrag, man solle erst das Regulativ von der Regierung über das Pensionsgesetz der Privatangestellten abwarten, um die Gehaltsregulierung unserer Angestellten mit diesem Gesetz eventuell in Einklang zu bringen.

Krankenversicherung der Gemeindeangestellten – es wurde beschlossen, daß alle Angestellten versichert werden und haben die Angestellten zwei Drittel und die Gemeinde ein Drittel zu leisten. Das Krankengeld bezieht im Krankheitsfalle der Angestellte. Gemeinderat Schamann äußert Unverständnis darüber, dass Angestellten die Krankengeld beziehen, nicht gleichzeitig das Gehalt

gesperrt wird und das jeder der bei Bauern bedienstet ist, gerne mit Gemeindeangestellten tauschen würde. Bgm. Freund wirft ein, daß das Ziel sei, daß die Gemeindeangestellten gut gestellt sein sollen.

Ferner wurde beschlossen, eine Schreibmaschine und eine neue Registratur für die Gemeindekanzlei anzuschaffen, was allgemein als notwendig empfunden wurde.

Zum Schlusse wurde ein zehngliedriges Komitee für die Waldangelegenheit gewählt.

*Volksbote, 13. Dezember 1907, S. 11*

## **Mistelbacher Gemeindeausschuß - Sitzung vom 30. Dezember 1907**

Nach Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls wird in die Verhandlung der Tagesordnung eingegangen.

Das Ansuchen des Ignaz Haring um Abänderung der Baulinie in der Kaiser Franz Josefstraße wurde zurückgezogen. Referent Gemeinderat Dunkl teilt zu dieser Angelegenheit mit, daß die Bausektion einer Abänderung zugestimmt habe mit der Bedingung, daß auch der Anrainer zugleich in die Baulinie rückt.

Nachdem aber dieser davon nichts wissen wollte, wird auf die Abänderung verzichtet. Es wird daher notwendig sein, daß die Kommission dahin Einfluß nimmt, daß etwas mehr rechtwinkelig gebaut werden kann.

Zur Sicherstellung des Baugrundes für das Bezirks-Kinderheim referiert G.-R. Dunkel. Aus seinem Referat erfährt man, daß als geeigneter Baugrund der Klostergarten in Aussicht genommen war. Da aber die Verwaltung des Barnabitenkollegiums den Klostergarten nicht verkauft, wurden zwei Joch Gründe in der Nähe der Winzerschule erworben und kostet die Quadratklafter 4 Kronen.

Dem Ansuchen um Ausbau der Wasserleitung in der Bahnzeile wird insofern Rechnung getragen, daß sich die Hauseigentümer verpflichten, durch zehn Jahre jährlich 300 Kronen Wasserzins zu zahlen.

Eine längere Debatte entspinnt sich über die Adaptierungen im alten Rathaus. Der Referent der Sektion, Gemeinderat Dunkl, beantragt, daß nur das notwendigste gemacht werden soll, weil die Gemeinde um keinen Kreuzer mehr an Pachtzins bekommt. Gemeinderat Edhofer meint aber, wenn schon der Dachstuhl herunter muß, soll gleich das Objekt um 1 1/3 Meter gehoben werden. Gemeinderat Mühl stellt den Antrag, daß diese Angelegenheit nochmals an die Sektion zurückverwiesen wird und zweierlei Kostenvoranschläge dem Gemeinderat vorgelegt werden. Gegen diesen Antrag spricht sich Gemeindebeirat Schamann aus, weil die Sektion ohnehin die Sache gründlich durchgearbeitet hat. Gemeindebeirat Eibl unterstützt den Sektionsantrag. Schließlich zieht Gemeinderat Mühl seinen Antrag zurück und es wird der Sektionsantrag angenommen.

Bei Beratung der Baulinienbestimmungen von der Gartengasse bis zur Landesbahn wird entgegen dem Sektionsantrag, der besagt, daß eine 12 Meter breite Straße ausgeführt werden soll, auf Antrag des Gemeinderates Roller beschlossen, eine 15 Meter breite Straße herzustellen.

Lebhaft gestaltete sich die Beratung betreffend die Übergänge. Die Sektion beantragt, vorderhand die drei notwendigsten Übergänge ausführen zu lassen. Das wären: Palla-Kirchenstiege, Denner-Schacher und Hacker-Titscheiner.

Gemeinderat Mühl beantragt, einen solchen bei Span, Gemeinderat Grabler einen bei Trappel-Heindl. Nach längerer Auseinandersetzung werden schließlich auf Antrag des Gemeindebeirates Kothmeyer alle fünf Übergänge beschlossen.

Dem Ansuchen des Winzerschuldirektors Herrn Kargl um Bewilligung zur Anbringung eines Rebenspalieres an der südlichen Friedhofsmauer wird zugestimmt.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung beantragt Gemeindebeirat Kargl die Bestimmung der Baulinie in der Winzerschulstraße. Er skizzierte bei dieser Gelegenheit in treffenden Worten die Zustände in diesem Teile der Stadt. Der Antrag wird angenommen.

Gemeinderat Mühl verliest die Antwort des Postaeerars auf das Ansuchen der Gemeinde, worin verlangt wurde, daß die Landesbahn die Beförderung der Post übernehme. In dem Antwortschreiben wurde das Ansuchen mit verschiedenen Ausreden abgelehnt, was sehr mißliebig aufgenommen wurde. Der Bürgermeister wurde beauftragt, diese famose Antwort zu veröffentlichen.

Ferner wurde beschlossen, da Aussicht vorhanden ist, daß ein Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen zustande kommt und dann die Kreiseinteilung durchgeführt werden wird, den Bürgermeister zu beauftragen, an maßgebender Stelle dahin zu wirken, daß Mistelbach eine Kreishauptmannschaft erhält.

Den Schluß der Sitzung bildete die gegenseitige Beglückwünschung zum neuen Jahr.

*Volksbote, 10. Januar 1908, S. 4*